

DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

HOCHSCHÜLERSCHAFTSWAHLEN 11/12 Mai

Sommersemester 77

Nummer 9

Für Betriebs-u. Wirtschafts-
informatikstudenten

Studienrichtungsvertretung
(Personenwahl)

KARL PICHELMANN

KARL ZOLLES

Fakultätsvertretung (Listen-
wahl)

LILI (LINKE LISTE)

Hauptausschuß (Listenwahl)

LILI (LINKE LISTE)

Für Volkswirtschaftstudenten

Studienrichtungsvertretung (Per-
sonenwahl)

NADINE BERGER EWALD VOLK

ERNST FEHR EVELINE LIST

FRIEDRICH (JIMMY) FÖRSTER

Fakultätsvertretung (Listenwahl)

LILI (LINKE LISTE)

Hauptausschuß (Listenwahl)

LILI (LINKE LISTE)

Für Sozial-u. Wirtschaftsstatistikstudenten

Studienrichtungsvertretung (Personenwahl)

GEORG ASCHNER

LUZIA KEPPEL

Fakultätsvertretung (Listenwahl)

LILI (LINKE LISTE)

Hauptausschuß (Listenwahl)

LILI (LINKE LISTE)

Streißler versus Streißler ?
=====

Prof. Streißler zu einem Leitungsmitglied des Österreichischen
Instituts für Wirtschaftsforschung:

"Ursprünglich glaubte ich auch, daß Tuchtfeldt
nicht so schlecht sei. Aber der Mann ist ja
ein Trottel."

Prof. Streißler zu einem Redakteur der Arbeiter-Zeitung:

"Tuchtfeldt paßt außerordentlich gut zu den
bereits an der Uni Wien tätigen Professoren.
Ich hoffe, daß Tuchtfeldt mit beitragen kann,
die Universität Wien aus ihrer geistigen Iso-
lierung zu befreien."

Impressum: Eigentümer, Verleger, Vervielfältiger und für
den Inhalt verantwortlich: Christine Goldberg, 1120 Wien
Spittelbreitengasse 30/ 21.

WAHLHILFE VON BRUCKMANN ?

Auf die ihm eigene Art unterstützt Bruckmann wieder einmal die Linken an unserer Fakultät. Wie in der letzten Sitzung der Studienkommission bekannt wurde, plant er, die Mathematik- und Statistik-Klausuren zu verkürzen und zusammenzuziehen.

ARBEITERSPARNIS FÜR ASSISTENTEN

heißt das, was unserer Meinung vielen Kollegen den Schein kosten kann. Bisher war es bekanntlich so, daß jede der beiden Klausuren an einem Samstag-Vormittag stattfand und daß jedem Kollegen drei Stunden zur Verfügung standen, um die teils schweren, teils leichten Beispiele zu lösen. Nun aber sollen beide Klausuren zusammen an einem Vormittag geschrieben werden, was natürlich nur heißen kann, daß jeweils die halbe Anzahl von Beispielen kommt, daß man nicht mehr Zeit hat sich gesondert auf jede der Klausuren vorzubereiten. Die Vertreter in der Studienkommission werden sich gegen alle neuen Regelungen, die darauf abzielen die Zeit einer Klausurarbeit zu beschneiden und die Bedingungen für die Vorbereitung auf eine Klausur zu erschweren, wehren. Außerdem halten wir es für bezeichnend, daß Bruckmann seine Pläne nicht vor allen Studenten in den Lehrveranstaltungen abstimmen läßt.

NEUES AUS DER FAKULTÄT

Auf Einladung der Studenten, der Assistenten und einiger Professoren, hat sich Dozent Weissel um die a.o. Professur für Sozialpolitik beworben. Derzeit gibt es für VW-Politik zwei unbesetzte Lehrstühle: der eine soll mit Tuchtfeldt besetzt werden, was wir mit allen Mitteln zu verhindern trachten. Derzweite soll nun an Dozent Weissel gehen, der sich bereit erklärt hat, gemeinsam mit Studenten in einer Hörerversammlung über Form und Inhalt seiner Lehrveranstaltungen zu diskutieren.

2) Professor Orosell ab 1.8.1977 an der Universität Wien. Orosell wurde auf einen freien Lehrstuhl für VW-Theorie berufen. Er war früher Assistent von Streißler und lehrt derzeit an der Universität Bonn Ökonomie. Von Bonner Studenten wird er als schüchterner und kooperativer Universitätslehrer geschildert.

Orosell hat besondere Kenntnisse in den mathematischen Bereichen der Ökonomie und auch der Ökonometrie und wird daher vermutlich in Wien entsprechende Lehrveranstaltungen anbieten.

3) Professor Buchner (Bewerber für den zweiten Lehrstuhl aus RWL) hat die Berufung nach Wien abgelehnt. An zweiter und dritter Stelle der Berufungsliste stehen die Professoren Petke und Delmann, wobei mit ersterem nun Berufungsverhandlungen aufgenommen werden. Angesichts der überfüllten Proseminare und Seminare, sowie des schlechten Gesundheitszustandes von Loitlsberger, bedeutet jede weitere Verzögerung der Berufung eines RWL-Professors eine empfindliche Verschlechterung unserer Studienbedingungen.

4) Tuchtfeldt hat sich noch immer nicht gerührt. Nachdem der Berufung Tuchtfeldts auch in der bürgerlichen Presse gewisse Aufmerksamkeit geschenkt wurde und die Studentenvertretung doch einiges in Gang gesetzt hat, steigen unsere Hoffnungen, daß Tuchtfeldt nicht berufen wird.

5) In der Fakultätssitzung vom 20.4.77 wurden folgende Punkte beschlossen:

a) Auf Antrag der linken Studenten wurde beschlossen vom Ministerium die Einrichtung des Studienversuchs Wirtschafts- und Betriebsinformatik als ordentliche Studienrichtung an der SOWI-Fak der Uni Wien zu fordern.

b) Ferner wird ab dem Wintersemester 77/78 für alle Kollegen ein einwöchiger Semestereinführungsblock abgehalten werden. Diese Veranstaltung soll allen Erstsemestrigen Gelegenheit geben, sich über das Studium und seine Ziele, über die Probleme von Studenten, Assistenten und Professoren, sowie über Berufsperspektiven zu informieren.

Wie aus den zum Teil noch etwas holprigen Formulierungen schon hervorgeht, ist dies kein unabänderliches Programm, sondern eine Diskussionsgrundlage für eine gemeinsame Kandidatur. Dieses Konzept wurde von GRM, RBK und VSS10 ausgearbeitet. Die MLS hat schon erklärt, daß sie alleine kandidieren will, der KSV ist herzlich eingeladen, auf dieser Grundlage über eine gemeinsame Plattform zu diskutieren. Auch von allen Unorganisierten sind Stellungnahmen (wie ist der Inhalt, was fehlt, was ist zu viel, was ist an dem Vorschlag fad) erbeten!

Diskussionsvorschlag für die Tätigkeit
linker Gruppen an der Fakultät vor und nach
den Wahlen

Ohne die sonst üblichen "wissenschaftlichen" Analysen (deren Notwendigkeit wir nicht bestreiten) werden wir im folgenden versuchen, möglichst kurz darzulegen, was wir in der nächsten Zeit so alles vor haben.

Wesentlich ist vielleicht noch, daß zwar die Wahlen der konkrete Anlaß für unsere Überlegungen waren, daß aber unsere "Programmpunkte" auch dann handlungsrelevant bleiben, wenn wir die Wahlen nicht gewinnen. Vor allem geht es uns darum, möglichst viele Kollegen zur aktiven Mitarbeit zu bewegen. Es ist noch ein Unterschied, ob man (frau) nur "links" denkt oder schon "links" arbeitet.

Es ist uns zuwenig, wenn alle nur für die LINKE LISTE (LILI) stimmen, denn dadurch wird nichts anders, - was allerdings niemanden abhalten soll, uns zu wählen.

Für ein bürgerliches Politikverständnis sind Wahlen zu Interessensvertretungsorganen die höchste Form politischer Tätigkeit und Willensbildung. Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft sind Wahlen zu bürgerlichen Interessensvertretungsorganen (Studienrichtungsvertretung, Fakultätsvertretung, Hauptausschuß, Zentralausschuß). Die politische Mündigkeit der Studenten beschränkt sich auf das Abgeben einer Stimme ca. alle 2 Jahre. Für die gewählten Studenten-

vertreter wird Politik dann zum Beruf, während die, die wählen gehen bis zu den nächsten Wahlen unpolitisch zu sein haben. Die politischen Aktivitäten der bürgerlichen Studentengruppen (ÖSU, JES, RFS) entsprechen dann auch diesem ca. 2-jährigen Wahlzyklus. Kaum ein Student weiß, was in den ÖH Gremien so vor sich geht. In der hektischen Vorwahlzeit ist er gezwungen zu glauben, was auf den verschiedensten Plakaten steht: "Wir haben durchgesetzt..." Daß die Studenten den Plakaten keinen Glauben schenken und daß die Strategie der politischen Entmündigung Erfolg hat, zeigt die katastrophale Wahlbeteiligung (20-40 %).

In so einem Wahlkampf stehen wir vor großen Problemen. Es widerspricht linker Politik, den Studenten etwas zu versprechen, was man dann schon halten wird. Wir wollen weder "den Studenten" etwas versprechen, noch deren Interessen vertreten, sondern wir arbeiten darauf hin, daß der Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Studenten, zwischen Studenten und Studentenvertretern (=meistens -zertretern) verschwindet. Wir vertreten deshalb nicht irgendwelche Studenteninteressen, weil wir wissen, daß die Interessen von Betroffenen immer nur von ihnen selbst vertreten und durchgesetzt werden können. Dies kann jedoch nur erreicht werden durch die Politisierung der großen Mehrheit der Studenten. Politisierung heißt für uns, die Bereitschaft der Betroffenen, ihre Interessen gemeinsam durchzusetzen.

In den letzten zwei Jahren hat es an unserer Fakultät gute Beispiele dafür gegeben, daß nur durch gemeinsames aktives Handeln der Studenten Teilerfolge errungen werden konnten. (Buchhaltung/Kostenrechnung, Mathe/Statistik), und nicht durch "Wir haben durchgesetzt..." (Ihr da unten, wir da oben).

Nach den bisherigen Ausführungen wird sich sicher jeder wundern, warum wir denn eigentlich überhaupt noch kandidieren.

1. Ein Sieg bei den STRV-Wahlen bringt S 4000,-- pro Jahr, ein Sieg bei den Fakultätsvertretungswahlen bringt ca. S 50.000,-- im Jahr. Dies ermöglicht es uns, unsere politischen Vorstellungen leichter in die Tat umzusetzen.

(z.B. durch mehr Information und Kommunikation). Denn nur uninformierte und jeder Kommunikationsmöglichkeiten beraubte können leicht gelenkt und manipuliert werden.

2. Wir wollen in die Gremien hinein. Nicht weil wir meinen, von dort aus nehme die sozialistische Weltrevolution ihren Anfang, sondern weil es für uns die einzige Möglichkeit ist, Informationen über die dunklen Geschehnisse an den Instituten und an der Fakultät zu bekommen. Wir werden ohne Rücksicht auf das verfassungsrechtlich vorgeschriebene Amtsgeheimnis die Studenten über Machtkämpfe, Querelen etc. informieren. Die Illusionen, die viele von uns Studenten über die Durchsetzbarkeit von Interessen durch Gremienpolitik haben, müssen wir ohne Rücksicht zerstören, da Illusionen zwar schöne Träume sind, jedoch höchstens ins Nirwana führen.
3. Bei Auseinandersetzungen in den letzten Semestern hat sich herausgestellt, daß gewählte Studentenvertreter bei Professoren wie bei Studenten eine größere Autorität als andere irgendwelche Nichtgewählte besitzen. Das heißt, das es als gewählter Studentenvertreter leichter fällt, die Studenten von etwas zu überzeugen, als auch gegenüber den Professoren bestimmte Forderungen der Studenten zu vertreten. Die Professoren sind eher gezwungen, mit Studentenvertretern zu reden, als mit anderen.
4. Eben aufgrund dieser erhöhten Autorität, ist es bürgerlichen Studentenvertretern leichter möglich, studentische Auseinandersetzungen abzuwürgen, oder aber sie sind - wie zur Zeit STRVer Brandstatter (ÖSU) - völlig inaktiv.

II. "Lieber weniger aber besser" (Lenin zitat für alle Leninisten)

Wir wollen uns nicht alles gefallen lassen. Dieser heroische und erhabene Wunsch bleibt unerfüllbar, solange wir nicht noch wesentlich stärker werden. Stärker werden heißt für uns, daß mehr Studenten politisch aktiv werden. Wir arbeiten nicht politisch, weil wir unbedingt die Wahlen gewinnen wollen. 10 neue Leute, die mit uns politisch (radio)aktiv

arbeiten, sind uns MEHRWERT, als ein Wahlsieg. (Getreu nach Lenin) Daher: "Lieber weniger aber besser".

III. Lotta Continua ("Der Kampf geht weiter")

Gemeinsam mit den linken Gruppen versuchte die STRV den Kampf gegen die Studienverschärfungen (Bu/Koro, Mathe/Stat.) zu initiieren. Dies ist uns weitestgehend auch gelungen. Allerdings muß man sehen, daß nur Teilerfolge errungen werden konnten. In diesem Zusammenhang haben wir auch gesehen, daß alle Illusionen in die Wirksamkeit von Gremienpolitik uns von den wirklichen Aufgaben abgehalten haben und uns letztlich nur behindert haben. Weder Professoren noch Assistenten haben sich mit einer Ausnahme an Gremienbeschlüsse gehalten. Die Teilerfolge waren jeweils nur auf die aktiven Kampfaktionen der Studenten selbst (z.B. Streik, Ankreuzelboykott, öffentliche Diskussionen mit den Paukern etc.) zurückzuführen.

Die Politik der linken Gruppen - v.a. KSV und MLS - hat zu einem sehr wesentlichen Teil aus Sozialk (r)ampfversuchen, der Produktion von Zeitungen (RBK, RVW, Roter Sowi, Politische Ökonomie) und einigen Arbeitskreisen zu Themen, die man an der bürgerlichen UNI nicht finden kann, bestanden. Außerdem haben sich alle linken Gruppen maßgeblich an den Auseinandersetzungen um die Prüfungsverschärfungen beteiligt.

In den letzten Semestern hat sich nun herausgestellt, daß der Kampf um höhere Stipendien, niedrigere Heim- und Mensapreise etc. am Sand ist. Es wurde versucht, eine fehlende reale Bewegung durch hektische Organisationsaktivitäten zu ersetzen. Der Sozialkampf hat sich in der gegenwärtigen Situation damit totgelaufen. Die momentane Unmöglichkeit der Durchsetzbarkeit von stärkeren Verbesserungen im sozialen Bereich, bedeutet für uns, daß unsere Energien gegenwärtig auf andere Bereiche stärker angewendet werden sollen, da wir glauben, daß dort eher Politisierungsprozesse zu vollziehen sind. Das heißt wiederum nicht, daß wir auf eine Verbesserung der sozialen Situation

der Studenten, die Verbesserungen tatsächlich notwendig haben, verzichten wollen!

Aus dem oben kurz ausgeführten ziehen wir den Schluß, daß in Zukunft folgende Schwerpunkte gesetzt werden sollten.

Herstellen einer breiten linken Öffentlichkeit an der Fakultät (sonst gibt es nämlich überhaupt keine Öffentlichkeit für unsere Probleme) und die Schaffung von mehr Kommunikationsmöglichkeiten.

Konkret heißt das, daß wir versuchen wollen, einen engeren Zusammenhang unter den Studenten herzustellen.

Erreicht soll das werden durch:

Gemeinsam Informations- und Diskussionsveranstaltungen, die sich in Form (freiere Diskussion als in bürgerlichen Lehrveranstaltungen) und Inhalt (kritische Inhalte) vom üblichen Lehrbetrieb unterscheiden und damit auch praktische Kritik darstellen sollen.

Kollektives Besuchen von Lehrveranstaltungen zwecks gemeinsamer Kritik. Während bis jetzt die Studenten sich eher zufällig in Lehrveranstaltungen treffen, wollen wir versuchen das Studium gemeinsam zu ORGANISIEREN UND ABSOLVIEREN!

Gemeinsame Arbeitskreise zu fachspezifischen und auch allgemein politischen Themen (Wissenschafts- und Ideologiekritik).

Regelmäßige Institutsfeste.

Intensivierung der Information über das Instituts- und Fakultätsgeschehen, wobei es sicher noch Schwierigkeiten wegen des Amtsgeheimnisses geben wird (das ist ein Maulkorb für Studentenvertreter).

Falls wir die Wahl gewinnen, wollen wir die Fachschaft zu einem Kommunikationszentrum umfunktionieren (Matratzen und Musik in die Fachschaft!)

14-tägige, nach Bedarf auch wöchentliche öffentliche Studienvertretungssitzungen sollen allen Kollegen Gelegenheit geben, um Mißstände, Ungerechtigkeiten, Skandale, Verbrechen-gegen-die-arbeiterklasse-und-das-volk usw. mitzuteilen und das gemeinsame Vorgehen gegen die feindliche Umwelt zu planen und zu besprechen.

Von den Studienbedingungen an anderen Instituten und Hochschulen wissen wir wenig. Auch die Arbeit linker Gruppen wo anders würde uns mehr interessieren. Wir haben nämlich bemerkt, daß Studienverschärfungen keine linke Phrase, sondern rechte Realität sind.

Da auch alle anderen Studienrichtungen von diesen Maßnahmen betroffen sind und in Zukunft sicher auch das Privileg aller Akademiker, nach absolviertem Studium einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, weg sein wird, müssen wir uns alle verstärkt überlegen, wie wir uns am besten gemeinsam gegen diese Einschränkungen wehren können.

Das macht eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit und Kommunikation mit linken Gruppen an anderen Instituten und Hochschulen notwendig. Umsomehr, als die offizielle ÖH überhaupt nichts gegen Studienverschärfungen unternimmt.

An unserem Institut und unserer Fakultät haben Kämpfe gegen Studienverschärfungen eine lange Tradition. "Alle Jahre wieder ein Streik" ist keine Erfindung von uns, sondern Folge professoraler Borniertheit.

Auch in Zukunft werden linke Studenten "vertreter" solche Assistenten und Professoren nicht in Ruhe lassen, die meinen, daß nur zahlenmäßig sehr beschränkte Eliten herangebildet werden sollen, wofür sich die "große Masse" der Studenten eh nicht eignet und daher eliminiert werden muß. Klar ist allerdings, daß linke Studentenmandatare Auseinandersetzungen höchstens initiieren können. Der Druck, der die Veränderungen herbeiführt, muß aber von eben dieser "großen Masse" der Studenten kommen.

Freischaffende Sozialwissenschaftler gibt es wenige. Das bedeutet, daß die meisten von uns nach dem Studium lohnabhängig sein werden. Nur wenige Studenten können sich vorstellen, was das heißt: berufstätig sein, 4 Wochen Urlaub, 8-Stunden-Tag, permanente Kontrolle von oben, dauernde Anwesenheit am Arbeitsplatz, womöglich noch Stechuhr usw.

Es gibt bereits eine Gruppe kritischer Ökonomen, die ver-

suchen, die Erfahrungen, die sie täglich in ihrem Beruf machen, kollektiv aufzuarbeiten, um die ganze Scheiße besser aushalten zu können und Perspektiven für politische Arbeit zu finden.

Kontakte zu diesen Leuten könnten uns eine Ahnung dessen vermitteln, was nach dem Studium auf uns zukommt. Auch mit den Gewerkschaften, die für Lohnabhängige "zuständiger" sind als die Industriellenvereinigung, werden wir in Verbindung treten. Denn kaum einer von uns weiß, wie Gewerkschaften aufgebaut sind, wie sie arbeiten, was sie machen, was sie nicht machen und ob es sich für uns als zukünftige Staats- und sonstige Diener auszahlt, in der Gewerkschaft mitzuarbeiten.

Keine linke Gruppe kommt drum herum zu sagen, was sie vom "imperativen Mandat" und von der Abwählbarkeit von Studentenvertretern hält.

Das imperative Mandat bedeutet, daß sich Studentenvertreter an Beschlüsse von Hörerversammlungen halten, bzw. der Rücktrittsaufforderung einer Hörerversammlung Folge leisten.

Konkret würde das so aussehen:

Studentenvertreter bringen eine Resolution zur Abstimmung, die die Studienverschärfungen als Ausdruck hohen gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins begrüßt und unterstützt. Die Studenten der HV fragen noch einmal, ob sie richtig gehört haben und ob das jetzt ernst ist. Ein paar Studenten stellen dann Antrag auf Abwahl. Unsereins würde also daraufhin sagen "gut, dann eben nicht" - und zurücktreten.

Gesetzliche Grundlage für das imperative Mandat gibt es keine, was kein Wunder ist, da ja "das Volk" möglichst wenig Einfluß auf Politikerentscheidungen haben soll. Deshalb haben bürgerliche Politiker auch ein "freies Mandat", d.h., daß sie Rechenschaft erst dann ablegen müssen, wenn sie wiedergewählt werden wollen.

Auch auf die allgemeine Politik werden wir nicht verzichten. Wir werden weiterhin Resolutionen zu tagespolitischen Problemen einbringen, zu Demonstrationen auf-

rufen und den Widerstand gegen die tägliche Unterdrückung und Ausbeutung unterstützen. Und wenn wir auch nicht mehr machen können, als Flugblätter zu verteilen, auf denen das Glück des chilenischen Volkes gepriesen wird, das jetzt endlich in geordneten Verhältnissen leben kann oder einen Streik auf der Insel der Seligen mit einer Solidaritätsadresse unterstützen.

Wir glauben nämlich nicht, daß es das höchste Ziel von Studentenvertretern sein kann, keine politische Meinung zu haben. Womit auch schon alles über unsere Stellung zum politischen Mandat gesagt wäre, das ÖSU, JES und RFS klarerweise ablehnen.

Wir lehnen alle Vorschläge nach einer weiteren Straffung und Verschärfung des Studiums, wie sie in den neuesten Vorstellungen konservativer Professoren und der Unternehmerschaft herungeistert, ab. Im Gegensatz zu allen derartigen Vorstellungen können wir uns Formen des Studiums vorstellen, die mehr Freiräume für kritische Auseinandersetzungen mit Lehrinhalten und Methoden lassen: z.B. durch ein Studium, das in Projekten organisiert ist, durch den Wegfall der ersten Diplomprüfung und der 3- und 6-Semester-Klausel, durch die Abschaffung des kommissionellen Teils der zweiten Diplomprüfung. Voraussetzung zur Durchsetzung von mehr Freiräumen im Rahmen des Studiums ist jedoch ein wesentlich verändertes gesamtgesellschaftliches Kräfteverhältnis zugunsten der Linken.

GRM Roter Börsenkrach VSSTÖ

NA

1.
2.
3.
4.
5.
6.
7.
8.
9.
10.
11.
12.
13.
13.
15.
15.
17.
18.
19.